

Zehn Millionen für Wohnbau?

USTER Die Initiative «EcoViva» will, dass die Stadt Uster einer Stiftung zehn Millionen Franken für die Förderung von günstigem und ökologischem Wohnraum zur Verfügung stellt. Die Befürworter der Initiative erhoffen sich dadurch einen höheren Anteil an gemeinnützigen Wohnungen, wie sie am Dienstag an einem Podium festhielten. «Wenn wir ein Ziel erreichen wollen, braucht es Geld», sagte etwa Gemeinderat Thomas Wüthrich (Grüne). Die Gegner hingegen machten mehrere Schwächen der Initiative aus. 20

Verschiedene Wege zum günstigen Wohnraum

USTER Ob die Stadt Uster günstiges Wohnen mit Geld fördern soll, wurde am Dienstag im Rahmen eines Podiums diskutiert. Grund dafür war die Initiative «Eco viva – bezahlbar und ökologisch wohnen».

In Uster braucht es genügend günstigen Wohnraum – darüber waren sich alle Podiumsteilnehmer einig, die am Dienstagabend im Stadthaus die Initiative «Eco viva – bezahlbar und ökologisch wohnen», diskutierten, über die am 24. September abgestimmt wird. Wie das geschehen soll, darüber gingen die Meinungen hingegen auseinander. Auf der Seite der Befürworter der Initiative diskutierten die Gemeinderäte Thomas Wüthrich (Grüne), Markus Wanner (SP), auf der Seite der Gegner Stadtrat und Finanzvorstand Cla Famos (FDP) und Gemeinderat Silvio Foiera (EDU).

Die Initiative fordert die Stadt Uster auf, eine öffentlich-rechtliche Stiftung zu gründen, die sich um neuen gemeinnützigen

und nicht gewinnorientierten Wohnraum in Uster kümmern soll. Dafür soll die Stadt der Stiftung zehn Millionen Franken zur Verfügung stellen. «Die Stiftung könnte damit beispielsweise Geld aufnehmen und in Zusammenarbeit mit Genossenschaften für preiswerten und ökologischen Wohnraum in Uster sorgen», sagte Thomas Wüthrich. Die Urnenabstimmung findet am 24. September statt.

«Eine grosse Summe»

«Bis jetzt gibt es von der Stadt Uster keine Strategie für preisgünstiges Wohnen, das soll in Zukunft diese Stiftung übernehmen», so Wüthrich. Auch Stadtrat Cla Famos ist der Ansicht, dass preiswertes Wohnen gefördert werden muss. Aber: «Der Stadtrat ist der Meinung, dass der Nutzen einer Stiftung da wäre, er jedoch in keinem Verhältnis zum finanziellen Aufwand steht. Zehn Millionen ist eine grosse Summe.»

Auch Silvio Foiera machte sich Sorgen um die Finanzierung die-

ser Stiftung: «Zehn Millionen Franken würden durch sie gebunden. Aufgrund der laufenden und anstehenden Projekte wie dem Schulhaus Krämeracker ist Uster in keiner besonders guten Finanzlage. Zu diesem Zeitpunkt finde ich die Gründung einer solchen Stiftung fraglich.»

Wer hat Anrecht?

Ziel der Initiative ist es, dass in Uster mehr gemeinnützige Wohnungen entstehen, Wohnungen also, aus denen kein Gewinn abgeschöpft wird. «Heute sind nur sechs Prozent der Wohnungen in Uster Genossenschaftswohnungen», sagte Markus Wanner. Im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton sei diese Zahl niedrig. «Eine Prozentzahl zwischen 15 und 20 Prozent wäre anzustreben», sagt der SP-Gemeinderat weiter.

«Doch wer hat ein Anrecht auf günstigen Wohnraum?», fragte Stadtrat Famos. Dieser Selektionsprozess sei bei genossenschaftlichem Wohnraum aufwendig und schwierig. Wüthrich entgegnete darauf: «Genau diese

Fragen soll eben der Stadtrat in einer Vorlage ausarbeiten. Das fordert unsere Initiative Eco viva.» Die Stadt Uster brauche endlich eine Wohnbaupolitik. Nur so könne sie familienfreundlicher werden und eine gute gesellschaftliche Durchmischung erreichen.

Die Initiative fordert aber nicht nur preiswerten, sondern auch ökologischen Wohnraum. «Geht das überhaupt zusammen? Das ist doch ein Widerspruch in sich», sagte Silvio Foiera. Wüthrich warf ein, dass die Initiative der nationalen Energiestrategie entspreche, in Zukunft ökologischer zu bauen. Und Wanner ergänzte: «Genossenschaften bauen kleiner und preisgünstiger als private Investoren. Hier muss man dann einen Kompromiss zwischen ökologisch und günstig finden, damit die Wohnungen attraktiv und doch bezahlbar bleiben.» Zudem sei erwiesen, dass Wohnungen von Genossenschaften durchschnittlich 15 Prozent günstiger seien als solche von privaten Investoren. Das biete

Spielraum für ökologischeres Bauen.

Langfristiger Plan

Dass der gemeinnützige Wohnbau in Uster gefördert werden muss, zweifelte niemand an. «Aber wieso braucht es dazu zehn Millionen?», fragte Moderator Raphael Brunner vom ZO/AvU. «Wenn wir ein Ziel erreichen wollen, braucht es Geld», antwortete Thomas Wüthrich. Man müsse den privaten Investoren aktiv entgegenhalten können, wenn es zum Beispiel um Erwerb von Bauland geht. Cla Famos sieht das anders: «Aber das sind zehn Millionen Franken der Steuerzahler, von denen nur wenige profitieren können.»

Nach einer knappen Stunde war die angeregte Diskussion im Stadthaus offiziell beendet. Ein Grossteil der 30 Anwesenden und die Teilnehmer liessen es sich aber nicht nehmen, beim anschliessenden Apéro weiter zu diskutieren, wie günstiger Wohnraum in Uster gefördert werden kann.

Rahel Schmucki